



Bund will neue Partner für seine Energiespar-Initiative gewinnen

Der Bund will Energie sparen. Sein Ziel für 2020 hat er bereits erreicht. Nun möchte der Bundesrat die Initiative über die Bundesbetriebe hinaus ausdehnen.

Stefan Häne

Sie sollen den Beweis erbringen, dass Energiesparen im grossen Stil möglich ist. Vor vier Jahren haben die Bundesverwaltung, die bundesnahen Unternehmen SBB, Post, Swisscom und Skyguide sowie der ETH-Bereich eine Absichtserklärung unterzeichnet. Das erklärte Ziel: die eigene Energieeffizienz verbessern, bis 2020 um 25 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2006.

Nun zeigen neue Zahlen: Dieses Ziel ist schon erreicht. Bis Ende 2017 konnten die Akteure den Wert auf 27,6 Prozent steigern und damit die Marken von 2016 (27) und 2015 (26,7) übertreffen. Das federführende Bundesamt für Energie (BFE) resümiert, die Umsetzung verlaufe «sehr erfolgreich». Zurücklehnen können sich die Akteure aber nicht, wie das Amt betont. Ohne weiteren Effort sei ein Halten oder ein Ausbau des Niveaus in den Folgejahren nicht garantiert.

Der Aktionsplan umfasst 39 gemeinsame Massnahmen aus den Bereichen Gebäude, erneuerbare Energien, Mobilität sowie Rechenzentren und «Green IT». Dazu gehört etwa, bei Neu- und Umbauten strenge Energiestandards zu befolgen, keine fossilen Heizungen mehr einzubauen - auch beim Ersatz bestehender Anlagen nicht. Weiter sieht der Aktionsplan vor, beim Kauf neuer Autos auf energieeffiziente Modelle zu setzen, Ladestationen für E-Fahrzeuge bereitzustellen, Anreize zur vermehrten Nutzung des ÖV zu schaffen oder die Abwärme von Rechenzentren besser zu nutzen. Die Aktivitäten werden von einer Koordinationsgruppe gesteuert; ihre Geschäftsstelle wird vom BFE geführt.

Ruag und Flughafen Zürich?

Der Bundesrat zeigt sich überzeugt, dass die Initiative, die den Titel «Energie-Vorbild Bund» trägt, einen Gewinn dar-

stellt. Ende Juni hat er deshalb beschlossen, das Projekt bis 2030 weiterzuführen. Der Bund ist für 2 Prozent des schweizerischen Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich.

Im Zuge ihrer Weiterführung will der Bundesrat die Initiative nun einem grösseren Kreis zugänglich machen. An Bord sind bereits drei Partner jenseits der Bundessphäre: der Flughafen Genf (2017), die Industriellen Betriebe Genf sowie die Unfallversicherungsanstalt Suva (beide 2018). Und es sollen weitere dazukommen. In einem Video, das auf dem Netz aufgeschaltet ist, sagt BFE-Vizedirektor Daniel Büchel, es bestehe ein Bedürfnis, «hier mitzumachen und aufzuzeigen, dass es Unternehmen gibt, die vorangehen». Konkreter wird Büchel nicht. Mit welchen Unternehmen Gespräche laufen und wie viel Bundesgelder in die Initiative fließen - auf diese Fragen hat das BFE gestern nicht geantwortet. Gemäss Informationen dieser Zeitung besteht aber zumindest informeller Kontakt mit der bundeseigenen Rüstungsschmiede Ruag und dem Flughafen Zürich. Auf Anfrage teilt die Ruag mit, der Entscheid für eine Teilnahme sei noch nicht gefallen. Der Flughafen Zürich reagiert auf eine Anfrage nicht.

Offen ist, ob alle bisherigen Akteure weiterhin Mitglied der Initiative sein werden. Positive Signale kommen von den SBB, der Post und der Suva. Die anderen Akteure haben die Anfrage unbeantwortet gelassen oder zeigen sich noch unentschlossen. Die Swisscom etwa macht eine Zusage davon abhängig, ob es gelingen wird, sich auf eine «überschaubare Anzahl an wirkungsvollen Themen und Massnahmen zu einigen».

Sie sei aber «grundsätzlich gewillt», ihre Vorbildwirkung als bundesnaher Betrieb weiter wahrzunehmen.

Wirtschaft mit eigener Lösung

Das Engagement des Bundes löst nicht nur positives Echo aus. Economiesuisse begrüsst es zwar im Grundsatz. Keinen Sinn mache es aber, die Initiative auf private Unternehmen auszuweiten, sagt Beat Ruff vom Wirtschaftsdachverband.



Er verweist auf zwei etablierte Institutionen: Act Cleantech Agentur Schweiz sowie die Energie-Agentur der Wirtschaft (Enaw). Mit Energiespezialisten unterstützen sie Firmen, mit dem Bund abgeschlossene Zielvereinbarungen umzusetzen. Die Enaw sei auf die Bedürfnisse der Wirtschaft spezialisiert und erarbeite für jedes Unternehmen massgeschneiderte Lösungen, sagt Enaw-Vizepräsident und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler. «Mit

der Folge, dass dieses nicht nur Energie einspart, sondern auch Geld.» Die rund 3800 Enaw-Teilnehmer haben gemäss eigenen Angaben ihren CO₂-Ausstoss von 1990 bis 2015 um 30 Prozent verringert und damit einen Teil der Kosten für die CO₂-Abgabe gespart, rund eine halbe Milliarde Franken. Wie die finanzielle Bilanz der Initiative «Energie-Vorbild Bund» aussieht, war gestern nicht in Erfahrung zu bringen.